

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., 1/2jährlich 1.50 Pf., pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Pf.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezugsbar, kostet monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 30 Pf.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinig, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshalle Halleaale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 261

Halle a. S., Dienstag den 7. November 1899.

10. Jahrgang.

Alle Arbeiterwähler

Polizeirevierern.

- Der 1. Wahlbezirk (Marktviertel)
- Der 2. Wahlbezirk (Königsviertel)
- Der 3. Wahlbezirk (Glauchauer-Viertel)

- wählt in den Kaisersälen den Restaurateur **Joseph Streicher,**
- wählt im Prinz Karl den Tischlermeister **Karl Reimund,**
- wählt im Paradies den Reichstagsabgeordneten **Ad. Thiele,**
- und den Zeitungsverleger **Aug. Groß,**

- Der 4. Wahlbezirk (Magdeb.-Viertel) wählt im Wintergarten den Buchdrucker **Hud. Franke,**
- Der 5. Wahlbezirk (Neumarkt-Viertel) wählt im Thalia-Theater den Lagerhalter **Aug. Beth.**

Um wenige Stimmen kann es sich handeln! Darum alle auf zur Wahrnehmung des wichtigsten Bürgerrechts!

Hunderterte von Millionen

bis in die Milliarden hinein werden für eine neue Flottenvergrößerung verlangt werden, und der mächtige Mehrer des Wasserministeriums, Herr Viktor Schweinburg, beizt sich, dem deutschen Volke klar zu machen, wie unendlich viel für die Schiffe gethan worden ist, so daß es Zeit wäre, daß für die Flotte auch einmal wieder einige Milliarden abfallen. In der That, die deutschen „Schuldpaläste“ sind fastwörtlich geworden. Als Beweis dessen können wir für heute an, was der in Stendal erscheinende „Altmärker“ aus Klein-Schwedten über die dortigen Schulverhältnisse berichtet:

Die Schulstube an und für sich ist zu klein, um die 72 Schulkinder zu beherbergen, aber sie befindet sich in einem Zustande, der jeder Weidwiederwärtiger spottet. Aus dem weidlichen Giebel ist das Gemäuer eines Hauses herausgefallen und so ist innerhalb der Zeit der letzten Jahre, so haben die Eltern ihre Kinder überhaupt nicht mehr in die Schule; also ein regelrechter Streik. Jeder Weidwiederwärtiger spottet aber der Arbeit, dessen Dach sich bedenklich neigt und das jede Minute einzustürzen droht. Von Mauerwerk ist hier überhaupt keine Rede mehr. Vordürftig nur hält das angefaulte Gemäuer den Winter zusammen. So wie die Erde jetzt liegt, ist das Schulgehöft eine Schande unseres Dorfes. Obgleich schon viel Papier darüber geschrieben ist, vorläufig jedoch es noch zu bleiben zu sollen.

„Schulpaläste“ dieser Art gehören nicht zu den Seltenheiten. Ein „großes Schiff“ von der Art, wie deren jetzt 48 gebaut werden sollen, kostet circa 20 Millionen Mark. Für ein Schiff könnte man mithin tausend gute, massive Dorfschulhäuser bauen, von denen eine Vergrößerung des Lebens und der Gemüthlichkeit von Lehrern und Schülern nicht zu befürchten ist. Aber die „bedrückte Welt“ mit welcher Herr Schweinburg seinen Vorschlag für die Flottenvermehrung neuerdings in einem „vertraulichen“ Schreiben an alle Mannen des Deutschen Flottenvereins motiviert, um sie für „Kundgebungen“ zu gunsten der Flottenvermehrung mobil zu machen, spielt bei Schulhausbauten keine Rolle.

Darum werden wir nächstens das Schweinburgsche Aufgebot an Hurradschreien an allen Orten verfinden hören, wie funderleibt es dem deutschen Volke wird, ein paar lumpige Milliarden für schwimmende Kanonen auszugeben; vor aber demgegenüber an das Schulleid erinnernd, wie es hier und anderswo besteht, der wird als Mann ohne nationales Empfinden niedergedrückt, der in bedauerlichem Gegensatz zu Herrn Schweinburg aus Wäthen seine Meinung von den Ausgaben Deutschlands auf der Weltbühne hat. (Berl. Volksst.)

Vom Südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Das Ausbleiben jedweder sicheren Nachricht über die Lage der Armee Whitels in Ladysmith charakterisirt an besten die gefährliche Situation der Engländer in Natal. Drei Tage lang fehlt es nun wieder an Nachrichten aus Ladysmith, daß man nicht daran zweifeln darf, daß General Whitel vollständig von den Büren eingeschlossen ist ohne jede Aussicht auf Hilfe, da die Eisenbahn nach Durban von den Büren besetzt wird. Man ist entsetzt, daß die Verheißung von Verstärkungen nicht richtig gehalten wird. Die Gefangenahme von schätzbarer beträchtlicher Munition am 20. Oktober verheißt die Erbitterung. Jetzt kommt allgemein unangenehme Gerüchte aus Durban. Weiter wird bestätigt, daß die Operationen der Drangeburen gegen die Kapkolonie begonnen haben. Durch Zerstückung der Eisenbahnbrücke bei Colberg haben sie dem etwaigen Wiedereinzug der Büren in den Drangestadt ein schnelles Verhindernd bereitet. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß in Lorenzo-Marques die Welt ausgedröckert ist, wodurch den Büren an dieser Stelle, falls England wirklich auf Grund seiner Abmachungen mit Portugal dort Truppen landen sollte, ein fürchterlicher Bundesgenosse erwachsen ist.

Nachrichten aus Natal, die etwas Besorgliches über den Stand der Dinge zu melden wüßten, liegen nicht vor. Das englische Kriegsministerium erklärte am Freitag, feinerlei Nachrichten erhalten zu haben betreffs irgendwelcher neuerlichen Bewegungen der Büren in der Richtung auf Colberg oder sonst wo. Es sei nicht bekannt, ob die Verbindung mit Ladysmith durch die Eisenbahn aufrecht erhalten werde.

haben die Pflicht, in ihrem Wohnhause, in der Nachbarschaft, in Fabriken und Werkstätten, in Speichern und auf Bauplätzen alle Gleichgültigen anzufürchten und sie zur Wahlbeteiligung aufzufordern. Die Wahlbezirke bedecken sich in der Hauptsache mit den

Während Reuters Bureau am Freitag berichtete, das Kriegsamt teile mit, daß die Verbindung mit Ladysmith wieder hergestellt ist, mußte daselbe am Sonnabend früh erklären: „Die Nachricht, daß die Verbindung mit Ladysmith wieder hergestellt sei, beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich um das Delagoa-Kabel, welches wieder hergestellt ist. Die Verbindung mit Ladysmith ist noch immer unterbrochen.“ Die Burenregierung der Dölländer hat in England arg verhandelt. Nach einer Verabredung aus Antwerpen verließ der englische Gesandte für ungenügender Zeit die holländische Hauptstadt, nachdem er die Verträge im Hinblick auf die turbulenten Freydenkungen in Antwerpen und im ganzen Lande anlässlich der Buren-Erträge Ausdruck gegeben hatte.

Eine Sympathie-Landung des Buren-Gemeinderats für die Buren ist am Freitag erfolgt durch Annahme folgender Tagesordnung: 1. Erregung, daß jeder Krieg die materiellen und moralischen Interessen der Menschheit beeinträchtigt, und unter der Verhinderung seiner vollen Entfaltung steht, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, wird der Gemeinderat sein Bedauern darüber aus, daß die europäischen Mächte nicht durch ihr Eingreifen dem Konflikt vorgebeugt haben, der das Mutterland in Südrifta zur Folge hat, und nicht gleichzeitig dem Bundes Ausbruch, daß der Frieden schnell geschlossen und nicht mehr getrübt werde, da er ein Unterpfand sei der Verbindung der Völker, ihrer fortschrittlichen Entwicklung und ihrer Freiheit.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 6. November 1899.

Der Senatorenabend des Reichstags ist vom Reichsboten, Grafen Falkenhayn, zu Dienstag, 14. November, eine Stunde vor Beginn der Plenarsitzung, berufen, bezw. Besprechung über die Geschäftsverteilung. — Dieses Vorgehen ist durchaus zweckmäßig, weil eine sachgemäße Geschäftsverteilung bei Beginn dieser Session, was bereits große Besetzung zur Beratung stehen, weit schwieriger ist als sonst.

Ueber Vorbereitung sozialpolitischer Gesetzesvorlagen für den Reichstag schreibt die dem ehemaligen Handelsminister Herrn v. Berlepich nachstehende Soziale Praxis: „Allen Anzeichen nach wird die am 14. November nach der Vertagung wieder einsetzende Reichstags-Session vor eine sehr umfangreiche und vielfältige Arbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik gestellt. Wie bereits mitgeteilt, ist eine Novelle zur Unfallversicherung zu erwarten. Des Weiteren wird angeklagt, daß das Reichsamt des Innern mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beschäftigt sei, der die Regelung der Beschäftigung, rechtlicher Frauen in Fabriken betrifft; hierzu hat in der Session 1897/98 der Reichstag den Auftrag gegeben und eine hierauf bezügliche Erhebung im Innere Ferner steht die Regelung der Beschäftigung in der Zigarren-Hausindustrie durch geeignete Maßnahmen in Frage. Auch von der längst verprochenen Senatsordnung ist wieder die Rede. Endlich aber steht der Reichstag vor der 2. Beratung der Novelle zur Genesungsordnung und der Abänderung des Gewerbegerichts-Gesetzes, die bereits in der Kommission durchberaten und in großen Abständen fertiggestellt sind, ganz zu schweigen von der großen Anzahl sozialpolitischer Anträge (gemeinsame Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitern, Arbeitsnachweis, Reichsarbeitssamt, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsvereine und ihrer Bewegungsfreiheit, die in Folge der Vertagung in der Session 1899/1900 hinfürgehen. Dem Fortgang all dieser sozialpolitischen Aktionen der Regierung wie der Parteien steht wie eine hohe Mauer die ungelöste Arbeitswilligenvorlage entgegen; erst wenn sie gefallen ist, wird eine gedeihliche Entwicklung der Sozialpolitik im Deutschen Reich möglich sein.“

Zwangsumgebung! Zweig um Zweig ergreift an dem eben erst gepflanzten Zwangsumgebungsbaum. Der Kreis Metzmann hat mit dem 31. Oktober seine Zwangsumgebung für das Drechsler-, Holzschlößler-, Tischmacher-, Schuhmacher- und Wäckerhandwerk verloren. Einmalig wurde, wie uns gemeldet wird, der Beschluß gefaßt, die Zwangsumgebung aufzulösen. — Die von untern Parteienangehörigen beabsichtigte Zwangsumgebung für das Berliner Drechslerhandwerk hat ihren Ausgang vom Berliner Zwangsumgebungsverband genommen, wodurch das Drechslerhandwerk dem Zwangsumgebungsgericht entzogen und Streitigkeiten in Drechslerbetrieben wieder in die Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallen würden. Auch die Zwangsumgebung der in der nach dem neuen Handwerker-Gesetz die Verordnungen zwei Drittel der Stimmen haben, wenn nicht die Weisheit sich durch höhere Beitragszahlung einen größeren Einfluß auf die Raffenerwaltung sichern, soll aufgelöst werden.

Die Nationalliberalen und die Zuchtvorsorge! Der sozialpolitisch denkende Teil der nationalliberalen Partei tritt immer häufiger gegen die Zuchtvorsorge auf. In der jetzt im Wortlaut vorliegenden Rede des Reichstagsabgeordneten Professor Hieber auf dem nationalliberalen Parteitag in Tübingen heißt es:

Die Moralität ist ein Recht des Arbeiters. Wo sind denn überhaupt die Arbeitswilligen, die um Lohn zu arbeiten haben? Wir werden uns deshalb auch Hoffenmann nicht entziehen, vielmehr die Schamdammerung, die keine Auslieferung wünscht, von unsern Hofschühnen abhüllen. Es geht eben immer noch Leute, welche die soziale Bewegung als eine Ausbreitung böser Buben auffassen, die mit der Kluge nicht auszurechnen können. Wir werden uns Hoffenmanns nationalliberalen Fortschritt, für uns ist die Draconik von der Arbeiter nicht nur kein Uebel, sondern eine Notwendigkeit, eine Frage des Rechts und der Gerechtigkeit. Wir freuen uns über dieses Hinsicht, das die Grundprinzipien mit ihrer Barmherzigkeit erleben. Den antichristlichen Grundgedanken aus Bayern und Württemberg schiebt sich auch eine solche aus Baden an. In einem nationalliberalen Verammlung zu Mannheim unter Hoffenmanns Vorsitz sprach sich der nationalliberale Landtagsabgeordnete Großfabrikant Emil Mayer unter förmlichem Beifall der Versammlung entschieden gegen die Zuchtvorsorge aus.

Für Verkehrszwecke — kein Geld. Der Finanzminister Dr. v. Wunne hat, wie der Vorwärts berichtet, die durch den Austritt der öffentlichen Arbeiter für den Etat für 1900 zugewiesenen 918 Stellen für Eisenbahnbedienstete geschra. — Die dadurch geparte Summe stellt eine Rate für einen Panzerkreuzer dar.

Der Schwindelhafer der Flottenbegeisterung schießt jetzt empor. Da hat der Galtzer Viktor Schweinburg an die deutschen Flottenvereine ein werretliches Rundschreiben gerichtet, in dem er empfiehlt, öffentlichlich Kundgebungen für Vernehmung der deutschen Flotte zu veranstalten. Der Flottenpilot wird also demnächst überall ausbrechen. In die eigene Tasche mögen die Herren natürlich nicht greifen. Das arbeitende Volk soll die Besuche mit hiesigen Getreibegebern, also auf dem Wege des Brotwinners bezahlen, und damit es sich nicht wehren kann, soll ihm durch das Zuchthausgesetz ein Knuel in den Mund gepreßt werden. Während Deutschland dann im Auslande die lächerliche Rolle eines Haus Dampf in allen Gassen spielt, wird der gefesselte deutsche Arbeiter mit Füllseln sein neues Ziel Fort hinnerwärtigen. — An allen Ecken und Enden der Welt sollen Kolonisationen für die deutsche Flotte errichtet werden, was wiederum Millionen kosten wird. — Deutsches Volk, sei auf der Hut!

Die sächsische Regierung soll sich, wie ein bürgerliches Blatt in Chemnitz aus sicherer Quelle erfahren haben wird, bei der Vertheidigung nach Berlin gewandt haben über das Urteil, daß ein Berliner Landgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Deiso in Folge gegen den Vorwärts gefaßt hat und durch welches die Freipressung des Genossen Jacoben erfolgte, da die Parteilichkeit der sächsischen Gerichte erwiesen sei. Die Folge dieser Beschlüsse soll die Verweisung der Herren Deiso und Duesch an die Zivilkammer gewesen sein. Die Blätter schreiben zwar, die Verweisung sei auf ausbrüchlichen Wunsch geschehen, aber mit Recht bemerkt ironisch der Vorwärts dazu: „So etwas geschieht immer auf „ausbrüchlichen Wunsch“, und von solchen Wünschen werden zufällig häufig gerade Leute befallen, die sich als Strafrichter nicht die Zuweisung der herrschenden Klasse erworben haben. Ein Brautweiber ist z. B. niemals von diesem Drang, an eine Zivilkammer überzuweisen, heimgeführt worden, obwohl für ihn bei seiner Zahl hindurch sich vorbereitenden progressiven Revolue mehr Ruhe entschieden zuträglich erwies wäre; Brautweiber präbilitierte bis an sein unglückes Ende in aufregenden politischen Prozessen. Ein Deiso und Duesch werden schneller strafammern.“

Im Disziplinärprozeß gegen den Genossen Dr. Leo Krons findet am 18. November Termin vor dem Disziplinärhof im Kammergerichtsgebäude statt. Wie verlautet, beabsichtigt der Disziplinärhof nur, dem Ministerium ein Gutachten abzugeben. — Krons sollte bekanntlich wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung für unfähig erklärt werden, Vorlesungen an der Universität zu halten; aber das aus Professorenebene bediente Geriat vor der Regierung nicht zu Willen und erlangte auf Zwangsumgebung.

